

TS aktuell

ZEITUNG FÜR TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Dezember 2011
Januar 2012
Nr. 4 - 1. Jahrgang

NULL TOLERANZ FÜR NAZIS

Redaktion: SPD Tempelhof-Schöneberg • Feurigstraße 4 • 10827 Berlin • Tel. 030-781 22 83 • Fax 030-78 001217 • redaktion@spd-tempelhof-schoeneberg.de • www.spd-tempelhof-schoeneberg.de



Im Bezirk regiert Rot-Grün

Mit neuem Politikstil für mehr Bürgernähe und bessere Transparenz

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger, nach insgesamt neun Wochen intensiver Verhandlungen auf Landes- und auf Bezirksebene sind nun die Bündnisse geschmiedet. Die von uns ursprünglich angestrebte Koalition von Rot und Grün auf Landesebene ist leider gescheitert. Die dann begonnenen Verhandlungen mit der CDU waren die einzig mögliche Option, um den Weg für eine stabile und vernunftorientierte Politik für Berlin zu bereiten. Sie konnten ohne große Konflikte beendet werden und münden in einer soliden Vernunfttete.

Nach der Enttäuschung auf Landesebene freut es mich um so mehr, dass wir für Tempelhof-Schöneberg ein rot-grünes Bündnis erarbeiten konnten. Mit *Angelika Schöttler* bleibt das Bürgermeister-Amt in SPD-Hand – übrigens ist sie nun die einzige Frau in diesem Amt in allen Berliner Bezirken!

Neben anderem haben wir mit der Verhandlungsgruppe der Grünen zwei rot-grüne Arbeitsschwerpunkte vereinbart: Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung in der Politik sowie eine stärker sozialraumorientierte Entwicklung in Form von integrierten Handlungskonzepten für die einzelnen Stadtteile im Bezirk.

Ich lade Sie herzlich ein, unser Angebot für mehr Bürgerbeteiligung ernst zu nehmen, rege zu nutzen und Ihre Anregungen und Bedenken mit uns auszutauschen!

Ihre Dilek Kolat
Kreisvorsitzende der SPD
Tempelhof-Schöneberg

Angelika Schöttler (SPD) ist am 23. November von der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) zur neuen Bürgermeisterin des Bezirks Tempelhof-Schöneberg gewählt worden. Möglich machte das die Vereinbarung über eine Zählgemeinschaft von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen. Daneben ist Oliver Schworck (SPD) als Stadtrat bestätigt worden, und Sibyll Klotz (Bündnis 90 / Die Grünen) wurde ebenfalls erneut zur Stadträtin gewählt.

Jenseits der Personalien hat Rot-Grün ein umfangreiches inhaltliches Arbeitspaket der beiden Fraktionen und der Bezirksamtsmitglieder für die Zeit bis 2016 vereinbart. „Wir wollen unseren Bezirk gemeinsam sozial, ökologisch und gemeinwohlorientiert gestalten“, fasst die neue Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler die Vereinbarung von SPD und Grünen zusammen. „Dabei wollen wir mehr Bürgerbeteiligung erreichen und uns für einen sorgfältigen Einsatz der Finanzen im Bezirk einsetzen“.

Viele Gemeinsamkeiten für gemeinsames Handeln

Nach der Wahl im September war die CDU mit 18 Sitzen stärkste Fraktion im Bezirksparlament geworden, gefolgt von der SPD (16 Sitze) und Bündnis 90 / Die Grünen (15 Sitze). Auf die Piraten als neue Fraktion entfallen 4 Sitze, und die Linken sind mit 2 Sitzen in der neuen BVV vertreten. Den anteiligen Wählerstimmen entsprechend hatte die CDU Anspruch auf zwei Stadträtinnen/Stadträte im Bezirksamt, die SPD ebenfalls auf zwei und Bündnis 90 / Die Grünen auf eine/n Stadträtin/Stadtrat. Das Bezirksverwaltungsgesetz sieht die Möglichkeit vor, dass zwei oder mehrere Fraktionen eine so genannte Zählgemeinschaft bilden und



FOTO: MONTAGE: KEGEL

mit ihrer Mehrheit die Bezirksbürgermeisterin / den Bezirksbürgermeister wählen können.

Aufgrund der zahlreichen programmatischen Gemeinsamkeiten nahmen SPD und Grüne Verhandlungen über die Bildung einer solchen Zählgemeinschaft auf. Anfangs waren diese noch stark von den kurz zuvor gescheiterten rot-grünen Koalitionsverhandlungen auf Landesebene überschattet. Schnell zeigte sich aber, dass bei den kommunalpolitischen Zielen beider Parteien eine so große Schnittmenge besteht, dass man die anstehenden Herausforderungen gerne gemeinsam meistern will.

So wurden in insgesamt sieben Sitzungen gemeinsame Projekte verabredet und Arbeitsschwerpunkte für die nächsten Jahre im Bezirk festgelegt. Die Vereinbarung sieht auf 13 Seiten

eine wesentlich verbesserte Beteiligung der Bürger/innen bei der Aufstellung des Haushaltsplans („Bürgerhaushalt“) sowie eine Informations-Plattform im Internet mit der Darstellung bezirkspolitischer Entscheidungen und bezirklicher Maßnahmen. Einwohner/innen-Foren in den Stadtteilen und die Schulung der Verwaltungsmitarbeiter/innen im Umgang mit den neuen Beteiligungsformen runden dieses Maßnahmenpaket ab.

Politik in den Quartieren

Insgesamt soll die Bezirkspolitik mehr „vor Ort“ sein und sich stärker auf die Kieze ausrichten. Ein Projekt widmet sich beispielsweise der Entwicklung von Nollendorfplatz, Maaßenstraße und Winterfeldtplatz. Hier wird gemeinsam mit den Gewerbetreibenden und Anwohnerinnen und Anwohnern eine Planungswerkstatt eingerichtet werden. Ziel ist es, eine gemeinsame Strategie zur Aufwertung des Gebietes und zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu entwickeln. Auch die Entwicklung des Tempelhofer- und Mariendorfer Damms, die Belebung des dortigen Einzelhandels und die Entlastung in Sachen Straßenverkehr sind als ein weiterer gemeinsamer Schwerpunkt definiert worden.

Der Erfolg der rot-grünen Zählgemeinschaft wird maßgeblich von der erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen und den Mitgliedern des Bezirksamts abhängen. Letztlich bestimmt auch der zwischenmenschliche Faktor, wie gut die Umsetzung von gemeinsamen Zielen gelingen kann. So einfach ist Politik!

ELKE AHLHOF
VORSITZENDE DER SPD-FRAKTION
IN DER BVV TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

► Schwerpunktthema • Seite 3

Stark im Bezirk, stark im Land

Gleich zwei Mitglieder des Abgeordnetenhauses aus Tempelhof-Schöneberg gehören nun dem neuen Senat des Landes Berlin an.

Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit hat die Friedenauerin und SPD-Kreisvorsitzende Dilek Kolat zur Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen ernannt. Der bisherige Fraktionsvorsitzende und SPD-Landeschef Michael Müller, der in Tempelhof zu Hause ist, wird neuer Senator für Stadtentwicklung und Umwelt.

► Weitere Infos • Seite 5

UNSERE THEMEN

Vorgestellt: Bezirksverordnete im Portrait Seite 3

Halbherzig: Gesetz zu Berufsabschlüssen Seite 4

Erforscht: Die Situation von Migranten Seite 4

Geplant: Neue Zentral- und Landesbibliothek Seite 5

Festlich: Die Weihnachtsmärkte im Bezirk Seite 7



Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dieser 4. Ausgabe der »TS aktuell« geht das erste Jahr unsere Arbeit als Redaktion zu Ende. Für Ihre Rückmeldungen und Ihren Zuspruch, aber auch für Ihre kritische Begleitung – gerade in den Wochen des Wahlkampfs – möchten wir uns bedanken. Zu Themen der letzten Ausgaben haben uns längere Beiträge einer Leserin und eines Lesers erreicht. Das hat einen angemessenen Raum verdient: die ganze Seite 7.

Wir freuen uns darauf, auch 2012 etwas zur Information und Diskussion über Leben und Geschehen im Bezirk beizutragen.

Rot-Grün hat Perspektive

Die Bündnisse in den Bezirken können Grundlage für ein Politikprojekt auf Landesebene sein

EIN KOMMENTAR
VON INGO SIEBERT

Was auf Landesebene nicht gelang, geht in den Bezirken: Rot-Grün funktioniert. Das zeigt die Vereinbarung in Tempelhof-Schöneberg, und auch in sechs weiteren Bezirken sind die Grünen an SPD-geführten Bezirksamtsbildungen beteiligt.

Die Entwicklung einer sozialen und ökologischen Politik kann so in den Bezirken vorangetrieben werden. Die rot-grüne Koalition

im Land Berlin scheiterte nach den Wahlen nicht an der Autobahn, sondern – neben einem zu knappen Wahlergebnis für diese Option – am Fehlen eines gemeinsamen politischen Projektes, für das es keine Vorbereitung gab. Ein solches Projekt hätte die in der Gesamtperspektive begrenzte stadtpolitische Bedeutung von drei Autobahnkilometern deutlich machen können – und deutlich machen müssen.

Über die Alltagsarbeit in der Koalition hinaus muss die SPD

nun an den Zukunftsthemen dieser Stadt programmatisch und kreativ weiterarbeiten. Es geht um den Erhalt der sozialen Mischung der Stadt und ihrer Kieze durch eine offensive soziale Mieten-, Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik, eine aktive Integrationspolitik, die darauf setzt, dass jeder, der hier lebt, willkommen ist und sich nicht für seinen Lebensentwurf rechtfertigen muss, um eine Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die gute Arbeit fördert, auch in öffentlicher

Verantwortung, eine Bildungspolitik, die keinen zurücklässt und jedem und jeder alle Chancen eröffnet – und nicht zuletzt um die Rückgewinnung der politischen Steuerungsfähigkeit durch Rekommunalisierung einst privatisierter Bereiche der Daseinsvorsorge.

In allen diesen Gebieten kann die SPD auf programmatische Arbeiten in den letzten Jahren aufbauen. Diese Ansätze müssen weiterentwickelt werden. Und es muss deutlich werden, dass die jetzige Koalition auf

Landesebene nur eine Übergangslösung ist.

Es geht um einen glaubwürdigen, fortschrittlichen stadtpolitischen Gesamtansatz über 2016 hinaus. Und da wird eine Politik der gegenseitigen Abgrenzung nicht hilfreich sein.



Ingo Siebert
war für die SPD an den Verhandlungen zur Bildung der rot-grünen Zählgemeinschaft im Bezirk beteiligt.

ENGAGEMENT GEGEN RECHTS

Die Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg **Mechthild Rawert** (SPD) lädt gemeinsam mit der neuen Bezirksbürgermeisterin **Angelika Schöttler**, der SPD-Bezirksverordneten **Marijke Höppner** sowie einem Vertreter des Bündnisses gegen Rechts zu einer Diskussion über die aktuelle Situation in Tempelhof-Schöneberg ein. Es soll geklärt werden, wer sich wie im Bezirk gegen Rechtsradikalismus und rechte Gewalt engagiert und wo Unterstützung und Mitarbeit nötig und möglich sind.

- **Datum:** Dienstag, 13.12.2011, 17.00 bis 19.00 Uhr
- **Ort:** Goldener Saal im Rathaus Schöneberg, John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin.

Es wird um eine **Anmeldung** gebeten, per Mail: mecchthild.rawert@wk.bundestag.de oder telefonisch unter 720 13 750.

QUEER IM BEZIRK

Voraussichtlich am 8. Dezember konstituiert sich im Bezirk der »Ausschuss für Frauen und queere Lebensweisen«.

Die Aufgabenerweiterung um den Bereich »queere Lebensweisen« erfolgte auf Wunsch der SPD-Fraktion in der BVV. Damit wird Tempelhof-Schöneberg der erste Berliner Bezirk sein, der Politik für queere Menschen in einem Ausschuss institutionalisiert ansiedelt.

»Queer« ist ein englischsprachiger Begriff, der auch Einzug in die deutsche Sprache gefunden hat. Zunächst umschreibt er Dinge, Handlungen und Personen, die von der Norm abweichen. Das Adjektiv wird heute vor allem dafür verwendet, Menschen, die lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, transgender oder intersexuell (kurz: LGBTTI) sind, zusammenfassend zu benennen. Queere Theorien stellen mittlerweile aber auch einen wissenschaftlichen Forschungsbereich dar.

„Dass die Belange queerer Menschen in einem Ausschuss festgeschrieben sind, ist eine Anerkennung der gesellschaftlichen Realität“, so der Sprecher für queere Lebensweisen, **Hermann Zeller**. „Natürlich ersetzt der Ausschuss nicht die Verantwortung der einzelnen Politikbereiche, aktiv zu werden – er bietet aber die Chance, das Augenmerk auf die Belange von vielen Menschen zu setzen, deren Interessen vorher nicht unbedingt mitgedacht wurden.“

MARIJKE HÖPPNER

TS aktuell

ZEITUNG FÜR TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Herausgeber

SPD Tempelhof-Schöneberg
Feurigstraße 4 · 10827 Berlin
Tel. 030 / 781 22 83
Fax 030 / 78 00 12 17
Mail: redaktion@spd-tempelhof-schoeneberg.de

Redaktion dieser Ausgabe
Dilek Kolat (V.i.S.d.P.) · Hans G. Kegel
Anne-Kathrin Helmstorf · Ingo Siebert
Katrin Wolter · Christoph Götz
Frank Zimmermann · Eva Liebchen
Harald Rossa · Petra Rudolph-Korte
Melanie Kühnemann

Wir danken den Autorinnen und Autoren, die an ihren jeweiligen Artikeln namentlich genannt sind.

Satz und Layout · Hans G. Kegel
Druck · Henke Pressedruck, Berlin
Fotos · © ebraxs - Fotolia.com
© Rainer Claus - Fotolia.com

TS aktuell wird kostenlos in Tempelhof-Schöneberg verteilt.

Was wird aus dem Rathaus Friedenau?

Und wo bleibt die viel genutzte Gerhart-Hauptmann-Bibliothek?

Im vergangenen Jahr gab es zwei ganz unterschiedliche Aktivitäten zur Zukunft des Rathauses Friedenau. Die Ausgangslage ist klar: Der Bezirk kann das Rathaus nicht halten, weil der Investitionsbedarf für Sanierungen sehr hoch ist und die laufenden Kosten explodieren. Außerdem ist der Raumbedarf jetzt insgesamt niedriger, so dass von drei Rathäusern im Bezirk eines stillgelegt werden muss.

Die CDU hat den Verkauf an einen privaten Investor öffentlich als bereits beschlossen angekündigt und eine (sehr teure) Mietlösung für eine Zentralbibliothek Schöneberg angeboten. Das würde die Schließung der Gerhart-Hauptmann-Bibliothek bedeuten.

Parallel dazu hat Dilek Kolat, Friedenau SPD-Abgeordnete im Abgeordnetenhaus und Aufsichtsratsmitglied des Liegenschaftsfonds Berlin, eine klügere Strategie verfolgt. Sie sucht über die BIM (das ist die landeseigene Immobilienmanagement GmbH) eine Landesbe-



RATHAUS FRIEDENAU | Das Verwaltungsgebäude ist auch prägende Kulisse für den Breslauer Platz FOTO: HARALD DÄHNE

hörde, die ins Rathaus Friedenau ziehen könnte. Den Friedenauer(inne)n blieben Bibliothek und der Schlesiensaal erhalten.

Das Verfahren ist schnell erklärt: Der Bezirk gibt das Rat-

haus an das Land/den Liegenschaftsfonds ab. Eine Behörde zieht aus ihrer 1A-Lage in eine 2A-Lage wie Friedenau, damit das Gebäude in 1A-Lage verkauft werden kann – zurzeit gut mög-

lich. Der Erlös wird zur Sanierung des Rathauses verwendet (zwischenfinanziert vom Liegenschaftsfonds). Der Bezirk mietet anschließend die Räume für die Bibliothek an.

Offenbar kannten die CDU-Politiker im Bezirk dieses erprobte Verfahren gar nicht. Dilek Kolat hat mit ihrem Vorschlag im Sommer jedenfalls große Verblüffung ausgelöst.

Ein privater Investor hat sich übrigens bis heute nicht eingefunden. Noch ist das Verfahren nicht abgeschlossen, aber auf gutem Wege. Wir werden weiter berichten!

Die SPD Friedenau wird auch 2012 zum Frühlingsball in den Schlesiensaal des Rathauses Friedenau einladen – diesmal am 17.03.2012.

ANTJE SCHWARZER

Das Rathaus Friedenau

... wurde von 1913 bis 1917 nach einem Entwurf des Architekten Hans Altmann erbaut. Mit der Gründung von Groß-Berlin verlor es 1920 seine Funktion als Rathaus einer selbstständigen Kommune und gehörte dann zum Bezirk Schöneberg. Im 2. Weltkrieg stark zerstört, wurde das Rathaus zwischen 1950 und 1956 wieder aufgebaut.

Eigeninitiative wirkt

Anwohner und Gewerbetreibende wollen den »Kärntener Kiez« beleben

Im Kiez rund um die Kärntener Straße in Schöneberg bewegt sich so einiges, auch wenn die Stichstraße des weitgehend verwaisten Teils der Hauptstraße zwischen Innsbrucker Platz und Dominicusstraße auf den ersten Blick recht unscheinbar wirkt.

Schien das Straßenbild noch vor gar nicht langer Zeit kontinuierlich trister zu werden, gibt es nun hier und da erste Anzeichen einer neuen Belebung des Viertels. Dies geschieht unter anderem durch den Zuzug junger Familien, die relativ hohe Dichte an Betreuungseinrichtungen für Kinder und die kontinuierlichen Sanierungsmaßnahmen der Hauseigentümer.

Interessen gebündelt

Aber nicht nur das. Vor etwa einem Jahr hat eine steigende Zahl an Akteuren vor Ort begonnen, sich zur »Interessengemeinschaft Kärntener Kiez« zusammenzuschließen. Ausgangspunkt dieser Initiative war der immer wieder festgestellte Mangel an Stellplätzen, insbesondere bedingt durch die Busspur auf der Hauptstraße.

Viele der alten aber auch der neuen Anlieger sind sich einig, dass das Gewerbestehen in diesem Abschnitt der Hauptstraße mit der Einführung der Busspur begann und darin seinen Ursprung hat. Freilich sind in der Zwischenzeit weitere Faktoren, wie etwa die großen Einkaufszentren an der Schlossstraße und am Potsdamer Platz, die ein hohes Maß an Kaufkraft binden, hinzugekommen, und gewiss würde auch nicht schon morgen wieder eine blühende Gewerbelandschaft entstehen, gäbe es nur ein paar Parkplätze mehr. Aber die Möglichkeit sein Auto abzustellen ist nun einmal, vor dem Hintergrund der Einkaufsgewohnheiten eines

großen Teils der Bevölkerung, die Voraussetzung, die geschaffen werden muss, um einen funktionierenden Einzelhandel überhaupt zu ermöglichen.

Unterstützung gesucht

Aus diesem Grunde verfolgt die Interessengemeinschaft gerade dieses Thema konsequent weiter und konnte auf diesem Wege bereits hunderte von Bürgen, die durch Unterschrift ihre Unterstützung bekundeten, mobilisieren und auf bezirklicher Ebene auch bereits die politischen Verantwortungsträger auf ihre Seite holen. Ein Problem ist: Die Entscheidungen zu dieser Hauptverkehrsachse werden auf Landesebene getroffen, und da gilt es noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten.

Die Interessengemeinschaft will aber nicht nur als Stellplatzinitiative verstanden werden. Die aus den anfangs nur kleinen Zusammenkünften entstan-

dene Vernetzung der Bürger, Gewerbetreibenden und Einrichtungen im Stadtteil ist eine für diesen Kiez besonders wichtige Entwicklung, an der kontinuierlich weitergearbeitet werden wird. Mit gemeinsamen Aktionen, wie etwa dem im April erstmals veranstalteten »Frühlingsfest im Kärntener Kiez« gilt es weitere Anlieger zu aktivieren und in den Weiterentwicklungsprozess des Wohnviertels mit einzubinden. Schon heute ist sicher, das Frühlingsfest soll es auch im kommenden Jahr wieder geben, und die »Interessengemeinschaft Kärntener Kiez« wird sich weiterhin bemühen, ihr Viertel voranzubringen.

FABIAN LENZEN

Kontaktpersonen:

Fabian Lenzen, Tel. 781 51 02, f.lenzen@kluth-bestattungen.de
Steffi Brüning, Tel. 782 19 71, info@blumen-stoecklein.de



ENGAGIERT | Anwohner/innen und Gewerbetreibende trafen sich im Frühjahr zu einem ersten Straßenfest. FOTO: LENZEN

Wirtschaftstreffen

Ideen für Marienfelde nehmen Gestalt an

Bereits zum fünften Mal in diesem Jahr trafen sich im November Gewerbetreibende und Wirtschaftsinteressierte aus Marienfelde, um über eine Verbesserung für die lokale Ökonomie und Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Angebote vor Ort zu sprechen.

Die gut besuchte Veranstaltung, die vielen Ideen und eine Reihe konkreter Vereinbarungen zeigten, dass sich Kontinuität auszahlt. So werden mittlerweile gemeinsame Strategien für die wirtschaftliche Entwicklung und Versorgung in Marienfelde konkretisiert.

Bei dem Treffen wurde insbesondere die Situation des Einzelhandels am Marienfelder Tor, in der Malteserstraße und in der Hranitzkystraße angesprochen. Außerdem wurden Chancen für eine Aufwertung des Wochenmarktes Tirschenreuther Ring angesprochen.

Zur Unterstützung des Wirtschaftstreffens waren unter

anderen der Bezirksstadtrat Oliver Schworck und Vertreter/innen der Wohnungsbaugesellschaft degewo, des Quartiersbüros W40 und der Wirtschaftsförderung gekommen.

So entstand beispielsweise die Idee, die Lokale Ökonomie in Marienfelde verstärkt in den Kiezeitungen und im Internet bekannt zu machen, z.B. auf www.berlin-marienfelde.de.

Aber auch direkt im Stadtraum soll für mehr Aufmerksamkeit gesorgt werden, zum Beispiel um die Kreuzung Hranitzkystr./Marienfelder Allee herum.

Dort könnte eine Art Info-stelle mit Richtungszeichen und Hinweisen entstehen, mit denen auf die zahlreichen Gewerbetreibenden in der Umgebung hingewiesen wird.

Das nächste Treffen der Wirtschaftsinteressierten findet am Dienstag, 17. Januar 2012 statt.

INGO SIEBERT

»Spukvilla« gerettet

AWO-Südwest kauft das Haus

Seit der letzten Oktoberwoche ist für die Arbeiterwohlfahrt die »Spukvilla« in der Altbrechtstraße wieder auf dem richtigen Weg in die Zukunft.

Nach langem Bangen, Warten, Zögern und viel Ungewissheit ist es dem AWO Kreisverband Südwest e.V. gelungen, die Immobilie aus der Insolvenzmasse des AWO-Landesverbandes zu erwerben. Insbesondere bedanken wir uns für die hilfreiche Unterstützung des Bezirksamtes und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der AWO-Landesverband hatte aufgrund alter, unbezahlbarer Kreditverbindlichkeiten aus dem Betrieb der Pflegeheime im November letzten Jahres Insolvenz angemeldet und als damaliger Eigentümer der »Spukvilla« auch die Mitglieder der AWO in Tempelhof in Angst um die Zukunft ihres Hauses gestürzt.

Ab Januar 2012 wird nun der Kreisverband der AWO die »Spukvilla« komplett betreiben. Wir wollen Ihnen dort wieder »volles Programm« bieten.

GEORG SIEBERT
KREISVORSITZENDER DER AWO-SÜDWEST

„Ich werde viel gestalten“

Die neue Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (SPD) stellt sich vor

Liebe Leserinnen und Leser, am 23. November bin ich zur neuen Bezirksbürgermeisterin in Tempelhof-Schöneberg gewählt worden. In den Wochen nach der Wahl hat die SPD sehr intensiv mit den Grünen verhandelt, um viele Punkte für die nächsten fünf Jahre festzulegen. Mehr dazu können Sie dem Artikel auf Seite 1 entnehmen. Ich möchte mich hier als Ihre neue Bezirksbürgermeisterin vorstellen.

Ich bin 1963 in Berlin geboren und in Schöneberg aufgewachsen und zur Schule gegangen. Ich bin verheiratet und habe zwei Töchter und einen Sohn im Alter von 11 bis 18 Jahren.

1982 in die SPD eingetreten, bin ich seit 1989 im Bezirk Schöneberg bzw. Tempelhof-Schöneberg politisch tätig, zunächst in der Bezirksverordnetenversammlung, seit 2002 im Bezirksamt als Stadträtin für Familie, Jugend, Sport und Quartiersmanagement – und nun als Bezirksbürgermeisterin.

Mein Anliegen ist es, dass Tempelhof-Schöneberg ein offener und vielfältiger Bezirk bleibt. Ich werde in den nächsten fünf Jahren viel gestalten. Meine ersten Aktivitäten als Bürgermeisterin bestanden in der Kontaktaufnahme zu den vielen Akteuren im Bezirk. Ge-



GEWÄHLT | Angelika Schöttler darf nun im ehemaligen Arbeitszimmer von Willy Brandt im Rathaus Schöneberg Politik für den Bezirk gestalten.

rade die Vorweihnachtszeit bietet hierfür gute Gelegenheiten, sei es beim Aufstellen von Weihnachtsbäumen oder der Teilnahme an Adventsfeiern oder Jahreshauptversammlungen.

Ein Hauptanliegen in meiner Arbeit für den Bezirk sind solide Finanzen im Rahmen der Zuweisung durch den Senat. Das bedeutet für mich, die notwendigen Aufgaben mit möglichst

geringem Budget zu leisten, aber auch genau hinzusehen, was notwendig ist. Das heißt Interessen auszugleichen, gute Lösungen zu suchen und Prioritäten zu setzen.

Als Bürgermeisterin bin ich aber nicht nur für die Finanzen und das Personal zuständig, sondern auch für die Wirtschaftsförderung im Bezirk. Die bestehenden Unternehmen zu

unterstützen und für Neuanordnungen gute Bedingungen zu schaffen ist mir sehr wichtig.

Die Beauftragten für Frauen, Integration und Behinderung bringen viele wichtige Themen in meinen Alltag. Dazu gehört das alljährliche Hissen der Fahne „Nein zu Gewalt gegen Frauen“ am 25. November oder der Erhalt des Treffpunktes für Projekte und Vereine für Menschen mit Migrationshintergrund in der Geßlerstraße, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Natürlich geht das alles nicht ohne das Zusammenwirken vieler Menschen. Die Strukturen für eine bessere Beteiligung von Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern, möchte ich ausbauen. Dazu gehört eine stärkere Darstellung der Dinge, die im Bezirk passieren bzw. in der Politik entschieden werden. Ich werde mich für mehr Informationen im Internet einsetzen, um so die Transparenz des Verwaltungshandelns zu erhöhen.

Ich hoffe Sie haben feststellen können, dass ich viel vorhabe. Ich werde kontinuierlich über meine Arbeit und die des Bezirksamts in der »TS aktuell« berichten.

Eine frohe und besinnliche Weihnachtszeit wünscht Ihnen

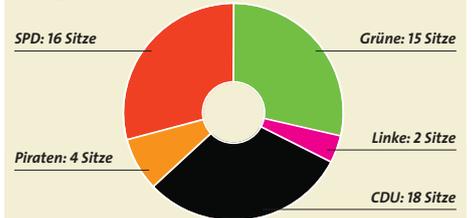
Ihre Bezirksbürgermeisterin
Angelika Schöttler

Die Bezirksverordneten

Wie in allen 12 Bezirken Berlins besteht auch in Tempelhof-Schöneberg die **Bezirksverordnetenversammlung (BVV)** aus 55 Mitgliedern, die für die Dauer von fünf Jahren gewählt sind. Die BVV ist die Interessenvertretung der Bürgerinnen und Bürger auf Bezirksebene. Sie kontrolliert die Bezirksverwaltung und beschließt auch den Bezirkshaushaltsplan. Die Bezirksverordneten nehmen ihre Tätigkeit ehrenamtlich wahr, erhalten aber eine Aufwandsentschädigung von zurzeit 320 € pro Monat. Die Sitzungsgelder umfassen für jede Plenarsitzung 31 € und für jede Ausschuss- und Fraktionssitzung 20 €. Für die Aufwendungen für Fahrgelder erhalten Bezirksverordnete monatlich 41 €.

Die neue BVV in Zahlen

Aus den Wahlen am 18. September ging für die Bezirksverordnetenversammlungen Tempelhof-Schöneberg folgende Sitzverteilung hervor:



- Der Anteil der Frauen in der neuen BVV beträgt rund 40%.
- Alle vier Mitglieder des Präsidiums der BVV sind Frauen.
- Mehr als 50% der Bezirksverordneten sind neu in der BVV.

Das neue Bezirksamt

Seit diesem Jahr besteht das **Bezirksamt** – neben der Bürgermeisterin – aus nur noch vier (statt bisher fünf) **Bezirksstadträtinnen / Bezirksstadträten**.

Angelika Schöttler (SPD) ist als **Bürgermeisterin** u.a. auch für **Finanzen, Personal und Wirtschaftsförderung** zuständig.

Die **Stadtratsposten** wurden wie folgt besetzt:



Oliver Schworck (SPD) für die Aufgabenbereiche **Bürgerdienste, Jugendamt, Ordnungsamt** sowie **Umwelt- und Naturschutz**



Dr. Sibyll Klotz (Bündnis 90 / Die Grünen) für die Aufgabenbereiche **Soziales, Stadtentwicklung und Gesundheit**

- **Jutta Kaddatz (CDU)** für die Aufgabenbereiche **Schule und Sport** sowie **Weiterbildung und Kultur**
- **Daniel Krüger (CDU)** für die Aufgabenbereiche **Tiefbau und Landschaftsplanung** sowie **Facility Management**

Wenn Politik auf Menschen trifft

Bezirksverordnete sind für viele Bürgerinnen und Bürger „unbekannte Wesen“ – das muss nicht sein

VOR GESTELLT

Neben der Bürgermeisterin und den Stadträten sind es die Bezirksverordneten, die im und für den Bezirk politische Entscheidungen treffen – und die gehen fast jede und jeden von uns unmittelbar an. Wer sind diese Frauen und Männer in der BVV Tempelhof-Schöneberg? »TS aktuell« stellt Ihnen in einer Serie die Mitglieder der SPD-Fraktion vor.

Teil 1

Die **Vorstandsmitglieder der SPD-Fraktion in der BVV**



Elke Ahlhoff

... ist 55 Jahre alt und Leiterin einer Einrichtung für berufliche Bildung im Gesundheits- und Pflegebereich.

Elke Ahlhoff ist **Vorsitzende der SPD-Fraktion** in der BVV Tempelhof-Schöneberg und Mitglied in den folgenden Fachausschüssen: **Hauptausschuss, Rechnungsprüfung, Controlling und Gebäudebewirtschaftung.**

Über ihre Arbeit in der BVV sagt sie: „Als **haushaltspolitische Sprecherin** meiner Frak-

tion ist es mein Ziel, in dieser Wahlperiode die transparente Darstellung des Bezirkshaushalts zu befördern und eine aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Haushaltsaufstellung zu ermöglichen. Auch wenn die Finanzen des Bezirks sehr begrenzt sind, darf es keine weiteren Einschränkungen in den öffentlichen Angeboten für die Menschen in unserem Bezirk geben. Dafür setzte ich mich ein.“



Melanie Kühnemann

... ist 39 Jahre alt und Lehrerin (Studienrätin) an einem Neuköllner Gymnasium.

Melanie Kühnemann ist Mitglied im **Hauptausschuss**, im **Jugendhilfeausschuss** sowie im **Ausschuss für Kultur und Bildung.**

Zu ihren Arbeitsschwerpunkten sagt sie: „Sozialdemokratische Kulturpolitik orientiert sich vor allem am Gedanken der Teilhabe. Als **zukünftige Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung** ist es mein Ziel, die dezentralen Strukturen im Bezirk zu stärken. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass alle Bürgerinnen und Bürger in ihren Ortsteilen von den Bildungsangeboten des Bezirks, sei es durch einen Besuch in einer Bibliothek oder eines Volkshoch-

schulurses, Gebrauch machen können.

Aus diesem Grund tritt die SPD-Fraktion für die Weiterentwicklung des Kultur- und Bildungsentwicklungsplans und eine Überarbeitung des Bibliothekenkonzeptes ein.“



Stefan Böltes

... ist 45 Jahre alt, Jurist und wissenschaftlicher Mitarbeiter der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus.

Stefan Böltes ist seit 2001 **Bezirksverordneter** in Tempelhof-Schöneberg. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der **Finanzpolitik** und der **Stadtentwicklung.**

Zu seinem politischen Engagement sagt er: „Als **Sprecher für Jugendpolitik** sehe ich meinen Arbeitsschwerpunkt in der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dabei kommt es vor allem darauf an, das Angebot an Kita- und Krippenplätzen auszubauen und zu fle-

xibilisieren. Im **Hauptausschuss** will ich weiter daran arbeiten, dass die knappen Mittel gerecht verteilt werden.“



Reinhard Janke

... ist 63 Jahre alt, Stadt- und Regionalplaner und Verwaltungsangestellter.

Reinhard Janke ist Mitglied in den **Fachausschüssen** für **Stadtplanung, Verkehr und Grünflächen, Integration** und **zukünftig neu im Sportausschuss.**

Über seine nächsten Jahre in der BVV sagt er: „Auch in dieser Wahlperiode nehme ich gerne den **Vorsitz des Stadtplanungsausschusses** wahr. Ein besonderes Anliegen ist mir die Gestaltung der städtischen Umwelt zur lebenswerten Heimat, als ein Ort der gesellschaftlichen, bürgerschaftlichen Interaktion. Dafür möchte ich weiterhin die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der stadträumlichen Entwicklung fördern und verstetigen.“

Die SPD-Fraktion in der BVV

Sie erreichen die Mitglieder der SPD-Fraktion über das **Fraktionsbüro** im Rathaus Schöneberg, Raum 2050

Telefon: 90277 64 86

E-Mail: post@spd-fraktion-tempelhof-schoeneberg.de

Aktuelle Informationen zur Arbeit der Fraktion finden Sie auch unter www.spd-fraktion-tempelhof-schoeneberg.de

Ade, Machos!

In Tempelhof-Schöneberg haben nun **Frauen die Mehrheit in der Politik**

EIN KOMMENTAR VON MANUELA HARLING

Erstmal in der Geschichte nehmen auf den Plätzen des **Vorstands der Bezirksverordnetenversammlung** und des **Bezirksamtes im historischen BVV-Saal des Rathauses Schöneberg mehr Frauen als Männer Platz. „Echte Machos“** sehen also schweren Zeiten entgegen.

Während in anderen Bezirken wichtige Entscheidungen mit den Mandatsträgern schon einmal vorab auf dem Herrenklub besprochen werden können, bleibt dieser Weg der Einflussnahme in Tempelhof-Schöneberg nun verwehrt. Die BVV Tempelhof-Schöneberg hat mit Petra Dittmeyer (CDU) als **Vorsteherin**, Martina Zander-Rade (Grüne) als **stellvertretende Vorsteherin**, Ingrid Kühnemann (SPD) als **Schifführerin** und Monika Waldt (CDU) als **stellvertretende Schiffführerin** ein rein weibliches Team ins Präsidium gewählt.

Auch bei der Wahl der **Bezirksamtsmitglieder** ging es dann munter weiter mit den Kandidaturen von kompeten-

ten Frauen. Auf Vorschlag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurde zunächst Angelika Schöttler (SPD) zur neuen **Bezirksbürgermeisterin** gewählt. Dann trat die CDU ebenfalls mit einer Frau an und ließ Jutta Kaddatz zur neuen **Bezirksstadträtin** wählen. Das dürfte für einige Herren schwer verdaubar sein. Schließlich war Jahrzehnte „Verlass auf die CDU“ – und noch im Wahlkampf war mit einer **Frauenkandidatur** für ein Stadtratsamt nicht zu rechnen. Die Grünen ließen – wie erwartet – Sibyll Klotz zur **Stadträtin** wählen. Aber im Bezirksamt muss nicht ganz auf Männer verzichtet werden, denn Oliver Schworck (SPD) und Daniel Krüger (CDU) wurden jeweils im ersten Wahlgang gewählt und komplettierten das Bezirksamt. Damit ist klar, die Mehrheit im Bezirksamt liegt bei den Frauen. Gut so!



Manuela Harling ist **Vorsitzende der »Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen« (AsF)** in Tempelhof-Schöneberg

SPRECHSTUNDEN

Die SPD-Abgeordneten aus Ihrem Wahlkreis freuen sich auf ein Gespräch mit Ihnen:

Frank Zimmermann (MdB) Mariendorf Mo., 06. und 12.12.2011, 17.00 Uhr Spukvilla der AWO, Albrechtstraße 110, Tempelhof

Lars Oberg (MdB) Schöneberg Mo., 06. und 12.12.2011, 16.00-18.00 Uhr, Wahlkreisbüro Kolonnenstraße 61, Schöneberg

Auch die SPD-Abgeordnete für Tempelhof-Schöneberg im Bundestag unterstützt Sie bei Ihren Fragen und Problemen.



Mechthild Rawert (MdB) Fr., 09.12.2011, 15.00 - 18.00 Uhr, Mi., 11.01.2012, 15.00 - 18.00 Uhr, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, Berlin-Tempelhof

NEUE FRAKTIONSSPITZE

Die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses hat Raed Saleh (Foto) zum neuen Vorsitzenden gewählt.



Als weitere Mitglieder des geschäftsführenden Fraktionsvorstandes wurden Susanne Kitschun (Friedrichshain-Kreuzberg), Andreas Kugler (Steglitz-Zehlendorf), Ülker Radziwill (Charlottenburg-Wilmersdorf), Jörg Stroedter (Reinickendorf) und Clara West (Pankow) gewählt.

NEUE STAATSSKRETÄRE

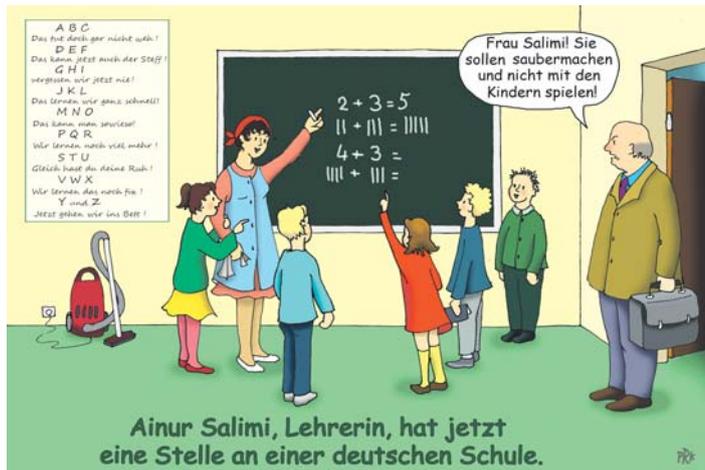
Auch auf Staatsebene sind kurz vor Redaktionsschluss erste Personalentscheidungen gefällt worden:

Björn Böning wird Staatssekretär und neuer Chef der Senatskanzlei. Für die SPD-Ressorts im Senat wurden Christian Gaebler (Stadtentwicklung) und Mark Rackles (Bildung) berufen.

In den CDU-Ressort nehmen Bernd Krömer und Andreas Statzkowski (Inneres und Sport) sowie Sabine Toepfer-Kataw und Alexander Straßmeir (beide im Ressort Justiz und Verbraucherschutz) die Arbeit als Staatssekretäre auf.

Ein Gesetz allein ist nicht genug

Bahn frei für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse?



Frau aus Brasilien, wie viele der Zuhörerinnen und Zuhörer selbst betroffen, beklagte, dass die Nichtanerkennung von Ausbildung und Berufserfahrung auch eine Entwertung der Lebensleistung bedeute und die Menschen schnell entmutige.

Ein weiteres Problem verschärft die Situation: Erzieher, Lehrer oder Ingenieure müssen trotz des neuen Gesetzes weiter warten. Die Anerkennung für diese Berufe ist auf Länderebene geregelt. Swen Schulz erklärte, dass das Durcheinander der Anerkennungsverfahren weitergehen wird, wenn es keine Standardisierung auf Länderebene gibt.

Koordination zwischen Ländern und Bund ist gefragt

Das neue, so genannte Anerkennungs-gesetz löst also keineswegs die Probleme. Vordringlich müssen die Anerkennungsprozesse zuerst auf Landes- und dann auf Bundesebene standardisiert werden. Orkan Özdemir, Vorsitzender der AG Migration Tempelhof-Schöneberg, fordert deshalb eine Initiative der Berliner SPD, um die Verfahren zur Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsabschlüsse zwischen den Bundesländern zu koordinieren.

Außerdem, so Özdemir, gehe es – anders als im Gesetzestext



„Dieses Gesetz wurde auf Druck der Wirtschaft geschrieben. Es ging nie um die Rechte der Betroffenen.“

Swen Schulz (SPD), Mitglied des Bundestages

formuliert – nicht nur um die „effektivere Nutzung der im Ausland erworbenen Qualifikationen für den deutschen Arbeitsmarkt“, sondern auch um die Würdigung von Lebensleistung und eine soziale Chancengleichheit.

CHRISTINE POPPELREUTHER

Kontakt zur »AG Migration«: Orkan Özdemir, Tel. 781 22 83, orkanozdemir@yahoo.de

In der letzten Ausgabe der »TS aktuell« berichteten wir über die Probleme von Migrantinnen und Migranten, ihre im Ausland erworbenen Hochschul- und Berufsabschlüsse anerkennen zu lassen. Anfang November wurde nun im Bundestag dazu ein Gesetz der Regierungskoalition beschlossen. Ob damit allerdings das seit vielen Jahren bestehende Problem der Zuwanderer gelöst wird, bleibt fraglich.

Bei einer Podiumsdiskussion am 11. November, organisiert von der AG Migration in der SPD Tempelhof-Schöneberg, äußerte der Spandauer Bundestagsabgeordnete Swen Schulz, SPD, große Zweifel. „Dieses Gesetz wurde auf Druck der Wirtschaft geschrieben. Es ging nie um die Rechte der Betroffenen.“ Auch enthalte es keinen Anspruch auf Anerkennung, sondern nur auf den Abschluss eines Anerkennungsverfahrens nach drei

Monaten – und das leider erst ab 2013.

„Eine Entwertung der Lebensleistung“

Für viele Migranten, die bereits seit Jahren nicht in ihrem Beruf arbeiten konnten, komme das Gesetz viel zu spät, beklagte der Lehrer und Gewerkschafter Musa Özdemir während der Diskussion. Außerdem seien die finanziellen und bürokratischen Hürden viel zu hoch. Eine junge

Gegen Rechts

Aufruf für Freiheit, Vielfalt und Zusammenhalt

Zehn Menschen sind der »Zwickauer Terrorzelle« in den vergangenen Jahren zum Opfer gefallen. Insgesamt geht man von über 150 Todesopfern rechtsextremer und rassistischer Gewalt in Deutschland aus. In einem breiten gesellschaftlichen Aufruf werben Persönlichkeiten aus allen Teilen der Gesellschaft für „ein Land, in dem Freiheit und Respekt, Vielfalt und Weltoffenheit lebendig sind“.

diesen terroristischen Verbrechen geboten hat. Wir fordern, die Morde vollständig aufzuklären und die Rolle deutscher Sicherheitsbehörden schonungslos offenzulegen. Das sind wir den Opfern, ihren Familien und Freunden schuldig. Es braucht eine Geste des Staates, die deutlich macht, dass wir alle die Trauer dieser Menschen teilen und sie nicht alleine sind.



Hier der Aufruf in Auszügen:

Für Freiheit, Vielfalt und Zusammenhalt. Gegen rechten Terror in Deutschland

Wir trauern um Enver Şimşek, Abdurrahman Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habiil Kılıç, Yunus Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubuşık, Halit Yozgat, Michèle Kiesewetter.

Sie mussten sterben, weil sie dem Feindbild entsprachen, das Rechtsextreme von Menschen haben, die nicht ihrer Gesinnung oder ihrem Menschenbild entsprechen.

Wir sind beschämt, dass unser Staat ihnen keinen Schutz vor

Rechtsextremismus und rechter Terror richten sich auch gegen unsere freie und friedliche Gesellschaft. Wir alle sind gefordert zu handeln – überall dort, wo Rechtsextreme versuchen, gesellschaftlichen Boden zu gewinnen. Wir müssen nicht nur Einzelkämpfer, sondern die Netzwerke und Strukturen des Rechtsextremismus in den Blick nehmen.

Rechtsextreme, Rassisten und verfassungsfremde Parteien haben in unserem demokratischen Deutschland keinen Platz.

Nie wieder rechter Terror in Deutschland!

Der Aufruf wurde – neben vielen anderen – auch vom Vorsitzenden der SPD Sigmar Gabriel und vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit unterzeichnet.

Die Stadt und ihre Milieus

Studie bietet Einblicke in die Situation von Migranten in Deutschland

„Die Milieus der Migranten gehen nicht einfach in den Milieus der Mehrheitsgesellschaft auf.“

vhw

In den vergangenen Wochen und Monaten wurde in der Stadt wieder verstärkt über „Migranten“, „soziale Brennpunkte“ und „Ghettoisierungstendenzen“ diskutiert.

Dabei wurde – wie so oft – polemisiert statt argumentiert und auf pseudowissenschaftliche Erkenntnisse zurückgegriffen. Aber ein Blick in den eigenen Kiez zeigt, dass es die Welt von Rechtspopulisten so nur in ihrer menschenfeindlichen Fantasie gibt. Die Realität ist oft komplexer, als es Statistiken abbilden könnten.

... dazwischen die Migranten

Menschen aus der ganzen Welt leben in dieser Stadt, und zum Glück werden es wieder mehr. Die Motive der Wohnortwahl sind dabei äußerst vielschichtig. Tatsache ist, dass sie dort hinziehen, wo sie sich wohlfühlen, wo sie eine gute Infrastruktur vorfinden – und wo sie es sich leisten können. Das führt dazu, dass Menschen mit einem gesteigerten Latten-Macchiato-Verbrauch Mitte ghettoisieren, während Architekten im Hansaviertel alle Wohnungen aufkaufen und es somit ghettoisieren. Und dazwischen gibt es Men-

schon, die einen Migrationsvordergrund haben. Sie leben in einer besonderen Situation, zwischen ihrer Herkunftskultur und der Mehrheitskultur in Deutschland.

Alltagwelt statt Herkunft

Die Frage, warum jemand lieber in Kreuzberg anstatt in Dahlem wohnt oder warum Neukölln bei türkischsprachigen Einwohnern/innen, aber auch bei den »hippen« Kreativen gerade beliebt ist, versuchen so genannte Milieustudien zu beantworten. Diese betrachten die gesamte Lebenswelt von Menschen. Nicht ihre Herkunft, sondern ihre Alltagswelt, die durch Schule, Beruf, Freunde und Kiez geprägt ist, bestimmt primär deren Zugehörigkeit zu einer Gruppe bzw. einem Milieu.

Die Situation in Berlin

Für Berlin liefern diese Studien interessante Ergebnisse: Demnach sind von den in Berlin lebenden Migranten, die 23% der Gesamtbevölkerung stellen, 7% religiös verwurzelt, 11% intellektuell-kosmopolitisch, 11% multikulturelle Performer, 12% statusorientiert, 12% entwurzelt, 13% adaptiv bürgerlich, 14% traditionelle Arbeiter und 21%

hedonistisch-subkulturell. Entscheidend für unterschiedliche Wohnbedürfnisse oder die Integrationsbereitschaft ist nicht vorrangig der ethnisch-kulturelle Hintergrund der Migranten, sondern ihre lebensweltliche Einstellung. Das bedeutet, dass z.B. in Schöneberg und Charlottenburg mehr bürgerlich orientierte Migranten leben (23%) als in anderen Stadtteilen. Es findet eine Angleichung der Migranten-Milieus zu den gesamten Berliner Milieus statt.

Anstatt populistischen Theorien selbstmannter Experten nachzugehen, lohnt sich also der Blick auf die Ergebnisse der Milieustudie. Die Erkenntnisse sind gerade für das Quartiersmanagement interessant, da sie ein differenziertes und realitätsnahes Bild von Lebensumständen in der Stadt abbilden, auf deren Basis dann konkrete Maßnahmen zum Gegensteuern getroffen werden können.

„Migranten bringen eine ausgeprägte Bereitwilligkeit mit, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen“

vhw

Nähere Informationen zu der Studie finden Sie u.a. auf den Internetseiten des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.

CHRISTINE POPPELREUTHER

www.vhw.de

Koalition mit roter Handschrift

Auch mit Rot-Schwarz bleibt es in Berlin bei einer Politik des sozialen Zusammenhalts und der Chancengerechtigkeit

Nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 18. September war die SPD als wiederum stärkste politische Kraft in Berlin bereit, ein rot-grünes Bündnis für die kommende Legislaturperiode zu schmieden. Das ist vor allem an der parteiinternen Uneinigkeit der Grünen gescheitert – wie nachträglich allzu deutlich wurde.

Das Thema A100 als Sachthema war nicht der alleinige Grund für das Scheitern der Verhandlungen mit den Grünen, sondern vielmehr das Fehlen an Verlässlichkeit und Kompromissbereitschaft. Da ich für Rot-Grün in diesen Verhandlungen stand, war ich sehr enttäuscht, dass es mit den Grünen auf Landesebene nicht geklappt hat. Umso mehr freut es mich für Tempelhof-Schöneberg, wo ein rot-grünes Bündnis zustande gekommen ist.

Die „rote Handschrift“

Auch die mit der CDU aufgenommenen Verhandlungen auf Landesebene waren nicht einfach. Man musste sich erst aneinander gewöhnen. Alle Politikbereiche mussten durchgearbeitet und festgelegt werden. Nach sechs intensiven Wochen stand ein Ergebnis fest, mit dem die SPD gut leben kann, denn der rot-schwarze Koalitionsvertrag enthält viele Elemente



UNTERSCHRIEBEN | Der rot-schwarze Koalitionsvertrag

sozialdemokratischer Politik. Worin besteht nun aber die „deutliche sozialdemokratische Handschrift“, von der der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller sprach? Was konkret ist „mit roter Tinte geschrieben“?

Wirtschaft, Arbeit und sozialer Zusammenhalt – das sind die zentralen SPD-Themen, und die ziehen sich auch durch die Koalitionsvereinbarung. Es geht um Gerechtigkeit und Chancengleichheit, um gute Arbeit, um

gute Bildungszugänge für alle und um den Erhalt funktionierender sozialer Milieus in den Quartieren. Konkret macht sich dies an Koalitionsvereinbarungen wie der gebührenfreien Bildung von der Kita bis zur Hochschule oder am Erhalt des Pflichtfachs Ethik fest. Aber auch die Einigung auf einen Mindestlohn von 8,50 € bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gehört dazu.

Die neue Koalition wird auch Anstrengungen unternehmen, um bezahlbare Mieten in Berlin zu sichern. Dazu sollen unter anderem die Förderung von Neubawohnungen und der Ausbau des öffentlichen Wohnungsbestandes auf 300.000 Wohnungen beitragen. Auch bündelnde politische Initiativen zur Begrenzung von Mieterhöhungen sollen unterstützt werden. Am Ende steht der rot-schwarze Koalitionsvertrag für Verlässlichkeit und Gestaltung.

Er ist auch ein Vertrag der Kontinuität, denn durch die SPD eingeführte Reformen und Konzepte werden fortgeführt. Dazu gehören u.a. die Einführung der Sekundarschule, der Willy-Brandt-Flughafen oder der Bau einer Zentral- und Landesbibliothek.

SPD mit Schlüsselressorts

Die Ressorts mit den Gestaltungsaufträgen für die Bereiche Finanzen, Stadtentwicklung,



„Wir wollen, dass Berlin reicher wird und sexy bleibt.“

Klaus Wowereit
Regierender Bürgermeister
von Berlin

Umwelt, Bildung, Jugend und Wissenschaft sind weiterhin in SPD-Hand, auch das Ressort Arbeit, gemeinsam mit den Querschnittsaufgaben Integration und Gleichstellung. Auch das für die Stadt so wichtige Kulturressort bleibt in der Senatskanzlei.

Die CDU muss nun ihrerseits beweisen, dass sie ihre Ressorts tatsächlich so gut ausfüllt, wie im Wahlkampf angekündigt. Dazu gehören Inneres und Sport, Wirtschaft, Technologie und Forschung, Gesundheit und Soziales sowie Justiz und Verbraucherschutz.

Politik gemeinsam gestalten

Nachdem der Regierende Bürgermeister gewählt und die

Senatorinnen und Senatoren benannt und vereidigt wurden, beginnt nun die eigentliche Arbeit, die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung.

Dies wollen wir vor allem gemeinsam mit Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern, machen – in einem aktiven Dialog der Stadtgesellschaft! Bitte unterstützen Sie unsere Regierungsarbeit. Teilen Sie uns Ihre Anliegen und Ideen mit.

Ich freue mich auf Ihre Beteiligung!

DILEK KOLAT
SENATORIN FÜR ARBEIT,
INTEGRATION UND FRAUEN

► www.spd-berlin.de
► www.spdfraktion-berlin.de

Für Tempelhof-Schöneberg im Parlament

Neben Dilek Kolat und Michael Müller, die in der neuen Berliner Landesregierung Senatoren werden, haben zwei weitere Abgeordnete aus Tempelhof-Schöneberg ihre Direktmandate im Abgeordnetenhaus verteidigen können.



Lars Oberg lag bei der Wahl am 18. September in seinem Wahlkreis in Schöneberg mit 36,3% klar vorne und zog erneut direkt ins Abgeordnetenhaus ein.



Auch Frank Zimmermann konnte seinen Wahlkreis Mariendorf Nord / Tempelhof Süd mit 33,8% der Erststimmen wieder direkt gewinnen.

► www.lars-oberg.de
► www.frank-zimmermann.net

Berlin bekommt neue Zentral- und Landesbibliothek

Der Neubau der Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) auf dem Tempelhofer Feld wurde auf Initiative der Berliner SPD in den rot-schwarzen Koalitionsverhandlungen beschlossen.

Nach der Prüfung, ob bei den veranschlagten 270 Millionen Euro Bau- und Planungskosten Einsparmöglichkeiten vorhanden sind, soll der Baubeginn noch in dieser Legislaturperiode erfolgen. Dabei wird das geplante Bauvorhaben den öffentlichen Haushalt weniger belasten als die Sanierung und der Ausbau der bisherigen Standorte.

Die Berliner Zentral- und Landesbibliothek ist durch Fusion der Amerika-Gedenkbibliothek in Kreuzberg und der Berliner Stadtbibliothek in Mitte entstanden. Beide Häuser klagen seit Jahren über Platzmangel und nötige Baumaßnahmen, um den Ansprüchen an moderne Bibliotheken gerecht zu werden.

Teil der Kulturlandschaft

Bibliotheken zählen zu den wichtigsten außerschulischen Institutionen kultureller Bildung. Bereits heute ist die ZLB die größte öffentliche Bibliothek Deutschlands und mit 5.000 Besuchern täglich eine der meistfrequentierten Kulturinstitutionen Berlins. Ziel ist

die Schaffung einer Metropolenbibliothek, die den Bestand an einer Stelle vereint und vielfältige Nutzungsmöglichkeiten anbietet. Dazu gehören der Zugang zu verschiedenen Medien und eine moderne IT-Infrastruktur, zeitgemäße Arbeits- und Aufenthaltsbereiche sowie ein abwechslungsreiches Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm. Damit soll ein öffentlicher Raum des Lernens, der Kommunikation und Begegnung entstehen.

Bildungsmeile am Te-Damm

Für die neue Zentral- und Landesbibliothek ist ein etwa 60.000 Quadratmeter großes Gebäude im südwestlichen Areal der Tempelhofer Freiheit geplant. Der Standort ist durch die Anbindung an die Stadtautobahn und durch die Nähe zum S- und U-Bahnhof Tempelhof zentral und verkehrsgünstig gelegen und wird den Bezirk um das Tempelhofer Feld beleben.

Das Projekt ist ein wichtiger Impuls für die Gesamtentwicklung einer Bildungsmeile am Tempelhofer Damm, der Investoren und Investitionen nach sich ziehen wird. Dabei sollen kreative Wirtschafts- und Wissenschaftseinrichtungen angesiedelt und so zukunftsorientierte Arbeitsplätze geschaffen werden.

MICHAEL MÜLLER
SENATOR FÜR STADTENTWICKLUNG,
WOHNEN, BAUEN UND VERKEHR

»Vier plus vier« für Berlin

SPD und CDU sind – neben dem Bürgermeister – gleich stark vertreten



DER ROTE TEIL DER KOALITION | Michael Müller, Dilek Kolat, Klaus Wowereit, Sandra Scheeres und Ulrich Nußbaum
FOTO: ULRICH HORB

Nach ihrer Ernennung durch den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit haben die neuen Senatorinnen und Senatoren am 1. Dezember ihre Arbeit aufgenommen.

Auf Seiten der SPD ist der bisherige Fraktionsvorsitzende Michael Müller nun Senator für Stadtentwicklung und Umwelt.

Die bisherige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dilek Kolat ist zuständig für den Bereich Arbeit, Integration und Frauen.

Die Berliner SPD-Abgeordnete Sandra Scheeres ist neue Sena-

torin für Bildung, Jugend und Wissenschaft. Zu dieser etwas überraschenden Entscheidung sagt Klaus Wowereit: „Als jugend- und familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion hat Sandra Scheeres in den vergangenen Jahren absolute Fachkompetenz und großes persönliches Engagement gezeigt.“

Ohne einen Wechsel an der Spitze kommt die Senatsverwaltung für Finanzen aus – mit Ulrich Nußbaum zum Regierenden Bürgermeister aus in Zukunft auf den parteilosen Fachmann.

Das Kulturressort wird auch in den nächsten Jahren von Klaus Wowereit selbst betreut, unterstützt von André Schmitz als Kulturstaatssekretär. Neuer Chef der Senatskanzlei wird der Ex-Jusvorsitzende Björn Böhning.

Für die CDU wird Frank Henkel neuer Innen- und Sportsenator, Mario Czaja Senator für Gesundheit und Soziales und Michael Braun Senator für Justiz und Verbraucherschutz. Die parteilose Sybille von Obornitz wird Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung.

ENTSCHEIDUNG FÜR HERTHA BLOCK

Lange schwelte in der BVV die Diskussion um die Benennung der neuen Geh- und Radwegbrücke, über die man zum Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße gelangt.

Nach langen Diskussionen im Kulturausschuss und einer kontroversen Debatte der Grünen in ihrer Bezirkszeitung „Stichel“ hat die BVV noch in der alten Wahlperiode mit den Stimmen von SPD und Grünen die Benennung des zwischen den Kleingartenkolonien und General-Pape-Straße liegenden Steges nach Hertha Block beschlossen.

Es hat sich ausgezahlt, dass die SPD an ihrem Beschluss festgehalten und für die Benennung nach einer Frau plädiert hat, die im Bezug zum SA-Gefängnis Papestraße steht und im Widerstand gekämpft hat.

„Aus kulturpolitischer Sicht ist das ein sehr guter Start für die Zählgemeinschaft und eine gemeinsame rot-grüne Kulturpolitik im Bezirk“, findet die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Melanie Kühnemann.

EHRUNG FÜR ENGAGEMENT

Die Verdienstmedaille des Bezirks Tempelhof-Schöneberg ging dieses Jahr an Herrn Helge Weber von der Freiwilligen Feuerwehr Lichtenrade.

Bürgerschaftliches Engagement ist für unsere Gesellschaft unerlässlich. Ohne den Gemeinschaftssinn und Einsatz der freiwilligen Helferinnen und Helfer wäre unser Land viel kälter. Sie sind es, die unermüdet – zum Teil über Jahrzehnte – in Vereinen und Einrichtungen in ihrer Freizeit helfen und mitgestalten.

In der Laudatio der damaligen stellvertretenden Vorsteherin (jetzt Schriftführerin) der BVV Tempelhof-Schöneberg Ingrid Kühnemann heißt es, dass Helge Weber, der selbst Feuerwehrmann ist, seit 25 Jahren die Freiwillige Jugendfeuerwehr in Lichtenrade leitet. Hier, wo er selber erste Erfahrungen sammeln durfte, widmet er seine Freizeit 20 Jugendlichen im Alter von 11 bis 18 Jahren. Er veranstaltet Zeltlager, betreut die Jugendlichen bei Wettkämpfen und fährt, neben seinem regulären Dienst, nach wie vor Tag und Nacht Einsätze mit der Freiwilligen Feuerwehr Lichtenrade.

Helge Weber begeistert Kinder und Jugendliche nicht nur für den Beruf des Feuerwehrmannes und bringt ihnen bei, wie wichtig es ist anderen zu helfen und Leben zu retten. Viel wichtiger ist, dass er jungen Menschen Orientierung gibt.

Eine Tram für den Bezirk?

Ideen für die Entwicklung der Haupt- und Potsdamer Straße stehen immer wieder auf der Tagesordnung

Der Straßenzug Haupt- und Potsdamer Straße leidet. Die ehemals pulsierende Geschäftsachse ist zwischen Potsdamer und Innsbrucker Platz durch Abriss für Nazi-Größenwahn, Kriegsschäden und Wiederaufbau nach dem Leitbild der autokratischen Stadt stark zerrissen.

Hier der metropolitane Potsdamer Platz, gleich dahinter das öde West-Berliner Kulturforum mit Architektur-Dynosauriern, dann die von Billigläden dominierte »Potse«, bei der ein als »Laufhaus« bezeichnetes Großbordell an der Bezirksgrenze zu Mitte Ecke Kurfürstenstraße gerade noch verhindert werden konnte. Dahinter der Abschnitt zwischen Pallasstraße und Kleistpark mit der traurig leerstehenden ehemaligen BVG-Zentrale, gefolgt von der Hauptstraße mit ihrem vitalen Abschnitt vom

Kleistpark bis zur Eisenacher Straße, der schönen aber durchlärmte Schöneberger Dorfaue mit den Villen der »Millionen-Bauern« und schließlich der verödete Teil von Dominicusstraße bis Innsbrucker Platz, in dem durch übertriebene Busspuren jedes Gewerbebeles nachhaltig vernichtet wurde. Eine Belebung und Entwicklung dieses Straßenzuges wünscht sich wohl jeder. Nicht einfacher wird dies, weil der Straßenzug durch zwei Bezirke verläuft – aber nur als Ganzes gesehen werden kann. Immer wieder taucht in der Diskussion über die Zukunft der Straße auch die Wiedereinführung der Straßenbahn auf. Eine der großen Fragen ist: Kann die Straßenbahn in der Potsdamer und Hauptstraße ein positiver Beitrag zur Entwicklung der Straße sein, oder würde dieses Vorhaben die Situation noch verschlimmern?

Der Straßenzug braucht in verschiedener Hinsicht einen Entwicklungsschub.

Die Verkehrsfrage ist nur ein Aspekt des Problems. Französische Städte zeigen die Lösung: die Straßenbahn darf nicht nur als attraktives, unkompliziertes, schnelles und umweltfreundliches Verkehrsmittel gesehen werden, sondern zugleich als Träger städtebaulicher Erneuerung und Wieder-Gewinnung des Stadtraums.

Gemeinsam mit dem Bezirk Mitte muss in diesem Sinne eine Gesamtstrategie erarbeitet werden, vielleicht in Regie der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Darin muss die Tram eine wichtige Rolle spielen.

Natürlich kann die Straßenbahn im geschäftigen Teil der Potsdamer Straße nicht auf eigenem Gleiskörper geführt werden – dies würde der Straße mehr schaden als nützen. Hier müssen »integrierte« Lösungen gefunden werden.

Den Bedarf an zusätzlichen ÖPNV-Angeboten in der Straße belegen übrigens bereits heute die übervollen Busse, die hier in dichter Folge verkehren.

PRO

Fazit: In einem bezirksübergreifend angelegten Projekt sollten die Probleme gemeinsam angegangen werden. Die Straßenbahn muss dabei eine wichtige Rolle spielen.

KRITZ



DIE TRAM | Einsteigen, bitte!?

In der Haupt- und Potsdamer Straße ist die Tram als Verkehrsmittel ungeeignet und viel zu gefährlich.

Auf den Magistralen wie Greifswalder Straße oder Prenzlauer Allee mag die Straßenbahn ihre Berechtigung finden. In Bezug auf die Potsdamer Straße wird bei solchen Gedankenspielen oft völlig ignoriert, dass sie ein Hauptzubringer nach Mitte und zum Tiergarten-

CONTRA

der entdeckt wird. Folge ist die Straße ohnehin überlastet, verstopft und mit Abgasen verpestet. Zur Verbesserung der Situation muss der Verkehr besser organisiert werden, damit er weniger Emissionen verursacht, Ampeln müssen auf einander abge-

stimmt werden. Die Straßenbahn mit Haltestellen in Mittel-lage wäre dabei nur im Weg.

Zur Frage der Gewerbeentwicklung: Unsere Stadt boomt. Viele fast vergessene Ecken werden wiederentdeckt. Man denke nur an die ebenfalls stark verkehrsbelastete Torstraße, in der sich gerade viele interessante Läden ansiedeln. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch die Potsdamer Straße wieder entdeckt wird.

Fazit: Ohne Tram muss ein besseres Management der vorhandenen Verkehrsströme organisiert werden. Gewerbe: An den Standort glauben! – Ein gewisses »Auf und Ab« ist in einer Metropole völlig normal. konus

Für einen sauberen Kiez

»Olga« räumt den Kurfürstenkiez auf

Am Donnerstag, den 17. November rief der Frauentreff »Olga« zu einem neuartigen Projekt auf. Gemeinsam mit 29 Prostituierten der Kurfürstenstraße wurde der Kiez geputzt. Ziel war es ein Zeichen zu setzen, dass auch die Prostituierten Wert auf einen sauberen Kiez legen.

Michaela Klose, Leiterin des Frauentreff »Olga« erklärt dazu: »Häufig wird auf Veranstaltungen rund um den Kurfürstenstraßenkiez ein Thema von den Anwohnern und Anwohnerinnen angesprochen.« Gemeint ist der Müll, der teilweise mit der Straßenprostitution auftritt. Dies sei laut Klose auch ein Problem, welches die Prostituierten selber oft stört. »Auf Anregung der Sexarbeiterinnen wurden schon kleine Mülltüten-Workshops beim Streetwork abgehalten, was auch schon zu mehr Sauberkeit im Kiez führte.«

Die »Mülltüten-Workshops« boten die Grundlage für ein neues Aktionsprojekt, das ge-

meinsam mit engagierten Ehrenamtlerinnen durchgeführt wurde. Streetworkerinnen und Sprachmittlerinnen kooperierten, um gemeinsam den Müll einzusammeln. Die vorgesehene »freundliche Bestechung« mit einem Stück Kuchen war in den meisten Fällen gar nicht nötig, berichtete Frau Klose.

Die Ausgabestelle für Mülltüten, Infomaterial, Kaffee und Kuchen wurde auch zum Anziehungspunkt für interessierte Anwohnerinnen und Anwohner, die gern ins Gespräch mit den Mitarbeiterinnen von »Olga« und den Prostituierten kommen wollten.

»Eine rundum gelungene Aktion, die vor allem die Menschen zusammenbrachte und einen blank geputzten Kiez hinterließ!«, sagte Michaela Klose abschließend.

MARIKE HÖPPNER

Mehr zu »Olga« finden sie hier: www.drogennotdienst.de/content/wirbieten/wb_angebotefrauen.html

Durch Kultur zu mehr Toleranz und Teilhabe

»CrossKultur« will die aktive Gestaltung des Zusammenlebens fördern

Multikultur, Interkultur, Transkultur – mit diesen Schlagworten wird heute ein Zustand beschrieben, der vielerorts »Normalität« geworden ist: Deutschland ist vielfältig.

Die Arbeitsmigration seit Mitte der 1950er Jahre und spätere Einwanderungen haben unsere Gesellschaft nachhaltig geprägt – im gesamten Land, in Berlin und in den Bezirken.

Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg haben heute mehr als 30% der Menschen einen Migrationshintergrund, mit steigender Tendenz. Im Alltag ist die Vielfalt der Bevölkerung spürbar und sichtbar, wo immer Menschen aufeinander treffen. Diese Vielfalt bereichert, aber fordert auch heraus.

Längst geht es nicht mehr nur um Toleranz und Dialog, sondern um eine aktive Gestaltung des gemeinsamen Lebens. Es geht um die politische, soziale, berufliche und kulturelle Teilhabe von Migrantinnen und Migranten und deren Nach-

kommen. Hier sind Bereitschaft und Engagement jedes Einzelnen gefragt, aber auch das gesellschaftlicher Gruppen und öffentlicher Institutionen.

Noch bis zum 18. Dezember will die Reihe »CrossKultur 2011«



CrossKultur 2011
www.cross-kultur.de

hierzu einen Beitrag leisten – mit kulturellen Veranstaltungen, einer Fachtagung, Angeboten zur Weiterbildung und Diskussionsforen.

Gemeinsam mit lokalen Akteuren aus dem Bezirk, den Bildungs- und Kultureinrichtungen und Künstlern aus den verschiedenen Bereichen wurde ein facettenreiches Programm mit insgesamt 40 Veranstaltungen erarbeitet. Wie in den beiden Vorjahren findet die Reihe zwischen dem »Tag der Toleranz« und dem »Internationalen Tag der Migranten« statt.

Die Veranstaltungsreihe »CrossKultur« wurde von den Museen Tempelhof-Schöneberg und der Integrationsbeauftragten des Bezirks, Gabriele Gün Tank, vorbereitet und ist Teil des bezirklichen Modellprojekts »Demographischer Wandel – Strategien für Berliner Bezirke«, das noch vom ehemaligen Bezirksbürgermeister Ekkehard Band (SPD) initiiert wurde.

► www.cross-kultur.de

Erfolgreiche Premiere

Ein Stück Berliner Kulturgeschichte – erzählt von Zeitzeugen und Wegbegleitern



Der Dokumentarfilm »Trampelpfad der Künste« des Tempelhofer Künstlers Dietrich Alexander von Plettenberg (Interview in der Juni-Ausgabe der »TS aktuell«) wurde zum 50-jährigen Jubiläum in der vollbesetzten »Kleinen Weltlaternen« vor begeistertem Publikum uraufgeführt.

Vorgestellt wurde der Film vom ehemaligen Leiter des Berliner Kulturausschusses Dr. Dieter Biewald, der neben der

zu dieser Zeit noch amtierenden Bezirksbürgermeisterin von Charlottenburg-Wilmersdorf Monika Thiemen auch viele der im Film zu Wort kommenden ehemaligen Wegbegleiter der Künstlerkneipe persönlich begrüßen konnte.

Wer die Premiere verpasst hat: Am 21. Dezember 2011 um 21.00 Uhr wird der Film zum letzten Mal in diesem Jahr gezeigt, in der »Kleinen Weltlaternen«, Nestorstr. 22, Berlin-Wilmersdorf.

Erinnerung braucht einen Ort!

Gedenkveranstaltung anlässlich des »Holocaustgedenktag«

Der 27. Januar ist der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Das Datum erinnert an die Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee 1945 und wird international als »Holocaustgedenktag« begangen.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert ehrt in jedem Jahr die Opfer der NS-Gewaltherrschaft mit einer Veranstaltung an einem Erinne-

rungsort in ihrem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg.

Das KZ Columbiahaus war ab 1933 Gefängnis und von 1935 bis 1936 Konzentrationslager. Hier wurden Gegner des Nazi-Regimes gefangen gehalten, gefoltert und ermordet. 1994 wurde am Columbiaamm / Ecke Goltfener Straße zu Ehren der Opfer von Foltern und Morden eine Gedenktafel eingeweiht. Das Berliner Abgeordnetenhaus hat 2011 beschlossen, bei der Entwicklung des Tempelhofer

Feldes hier am Columbiaamm einen Gedenk- und Informationsort entstehen zu lassen.

Die Gedenkveranstaltung mit der Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert findet am Sonntag, 29. Januar 2012 um 14.00 Uhr in der ver.di Mediengalerie in der Dudenstraße 10, 10965 Berlin statt. Anschließend wird den Opfern des Nationalsozialismus am früheren Standort des KZ Columbiahaus und am Mahnmahl am Columbiaamm / Ecke Goltfener Straße gedacht.

Bildungs- statt Arbeitsgesellschaft!

Was die OECD Deutschland in Sachen »Bildungsrepublik« mit auf den Weg gibt

Die Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität lud am 7.11.2011 zum öffentlichen Hearing im Bundestag. Thema war die Qualität unseres Bildungssystems im internationalen Vergleich.

Heino von Meyer (OECD Berlin Centre) eröffnete die Runde mit den einschlägigen OECD-Positionen zu unserem reformbedürftigen Bildungssystem. Er machte folgende Vorschläge:

Deutschland gibt im Primärbildungsbereich nur 5.900 \$ pro Jahr und Schüler aus, das OECD-Mittel liegt aber bei 7.200 \$. Es müssen also die vorschulischen Angebote verbessert werden und Investitionen in die Grundschulen aufgestockt werden.

Kürzlich las ich, dass die Bundesländer das Ziel, einen Kita-Platz für jedes dritte Kleinkind zur Verfügung zu stellen, aus finanziellen Gründen nicht erreichen können. Da darf man sich fragen, was bei uns unter Vorschulbildung verstanden wird. Die Prioritäten scheinen jedenfalls nicht dort zu liegen.

In Deutschland sind die Bildungsleistungen der Schüler besonders stark geprägt durch den sozialen Hintergrund. Durch frühe Aufteilung auf verschiedene Schulformen wird das noch verschärft.

Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft müssen wir zunächst

über Bildung nachdenken. Die Grundbildung ist dabei die Voraussetzung für alle folgenden Entwicklungen. Wer hier bereits separiert, schafft geplante Bildungsdeprivation bestimmter Bevölkerungsgruppen, die unterprivilegiert sind.

Das »Bildungsprivileg« in Deutschland ist ein Unwort, dass trotz aller gesellschaftlichen Umwälzungen in Beton gegossen ist. Der Beton ist unsere unterfinanzierte Primärbildung. Wir investieren ledig-

Finnland 75%. Der Zugang zur Fach- und Hochschulbildung muss daher durchlässiger, flexibler und einfacher gestaltet werden. Unser duales Bildungssystem muss weiterentwickelt werden, um die internationalen Standards für tertiäre Bildungsabschlüsse zu treffen.

Die Diskussion um diesen Punkt zeigte die Tiefe der ideologischen Gräben im Expertengremium. Es wurde vor allem eine Ehrenrettung des dualen Bil-

den Bildungschancen mit wirtschaftlichen Erfolgen und relativ geringer nomineller Arbeitslosigkeit aufgewogen werden sollten. Dabei ist unsere Jugendarbeitslosigkeit in den letzten dreißig Jahren exzessiv angestiegen und in manchen Bevölkerungsschichten genauso schlimm wie in Spanien, das derzeit mit schwersten wirtschaftlichen Problemen kämpft.

Weitere Eckpunkte des OECD-Vortrages waren:

**Bildung kostet Geld.
Geld, das wir als stärkste europäische Wirtschaftsnation haben, aber nicht für unsere Kinder ausgeben!**

lich am oberen Rand der Bildungskette überdurchschnittlich, am unteren Rand, in der Primärbildung, sind wir deutlich unterdurchschnittlich! Das schafft eine geringe Zahl von Gewinnern und eine große Zahl von Verlierern unseres Bildungssystems.

Deutschland hat von allen OECD-Ländern mit 7% die geringsten Zuwachsraten an Tertiärbildungsabschlüssen (Studium und Meisterschulen). Von den 25- bis 34-Jährigen haben in Deutschland ca. 25% ein Studium oder eine vergleichbare Ausbildung abgeschlossen, in Frankreich und Spanien sind es 40%, in

demungssystem versucht. Einige Befürworter des jetzigen Systems versteigen sich auch zu dem Vergleich, dass Spanien zwar wesentlich mehr tertiäre Abschlüsse unter den jungen Leuten aufweist, aber dennoch eine extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit hat. Die wirtschaftliche Stärke Deutschlands muss also einmal mehr die Unzulänglichkeiten und Ungerechtigkeiten unseres Bildungssystems rechtfertigen. Es gab hier Argumentationsweisen von Experten, die man als zynisch betrachten kann, und dem unbedarften Zuhörer lief es manchmal kalt den Rücken herunter, wie unsere schlech-

- *Das drastisch erhöhte Arbeitslosigkeitsrisiko bei geringer Bildung. Selbst die Abschlüsse an philosophischen Fakultäten führen heutzutage zu einer weit geringeren Arbeitslosigkeit (nur 3,4%), als das Fehlen eines tertiären Abschlusses.*
- *Die erheblichen Einkommensunterschiede in unserer Gesellschaft zu Gunsten von Akademikern*
- *Lebenszufriedenheit, Wahlbeteiligung und die Bereitschaft zu ehrenamtlicher Tätigkeit steigt mit dem Bildungsgrad. Die viel beschworene soziale Teilhabe ist also graduell bildungsabhängig.*
- *In Modellrechnungen wurde nachgewiesen, dass die Steige-*

rung der Bildung der Bevölkerung gemessen an den PISA-Leistungen zu einer deutlichen Anhebung des Bruttoinlandsproduktes, also der Wirtschaftsleistung eines Landes führen.

Als Fazit möchte ich festhalten, dass wir nach Einschätzung der OECD viel zu stark am oberen Rand des Bildungsspektrums investieren und den unteren Rand, womit auch die Primärbildung, der Grundschul- und Vorschulbereich gemeint ist, vernachlässigen.

Wir weisen uns dadurch als Arbeitsgesellschaft und nicht als Bildungsgesellschaft aus. Der »Return on Investment« unserer Bildungsinvestitionen wird erst dann zum gesellschaftlich anerkannten Argument, wenn wir in Menschen investieren, bei denen es schon klar ist, dass sie unsere Wirtschaftskraft steigern. Die Menschen, bei denen der »Return on Investment« noch unsicher ist, die kleinen Kinder mit unklarem Bildungs-Outcome, die schwach gebildeten Jugendlichen und die Arbeitslosen partizipieren deutlich unterdurchschnittlich an unserem Bildungssystem. Hierzu gehört auch, dass es wesentlich einfacher ist, eine berufliche Weiterbildung zu bekommen, wenn man bereits einen Arbeitsplatz und eine Berufsausbildung hat. Wer über beides nicht verfügt, wird statistisch eindeutig benachteiligt!

SÖNKE PAULSEN

WEIHNACHTEN IM BEZIRK



5. FRIEDENAUER ENGELMARKT

Am 4.12.2011 (2. Advent) findet von 13.00 bis 18.00 Uhr der 5. Friedenauer Engelmarkt auf dem Breslauer Platz stattfinden. Es wird Kunsthandwerk, Selbstgemachtes, schöne Dinge, Informationen aus dem Bezirk, Glühwein und Kinderpunsch geben.

Eröffnet wird der Markt vom Friedenauer Engel (zwei Schülerinnen der Fläming-Grundschule) und Bezirksstadtrat Oliver Schworck, dem Schirmherrn des Engelmarktes seit 2006.

► www.friedenau-netzwerk.de



WEIHNACHTSMARKT WINTERFELDPLATZ

Der Weihnachtsmarkt auf dem Winterfeldplatz ist seit seiner Eröffnung im Jahr 1989 ein Markt der Begegnungen und der Kinder. Trotz seiner Größe von ca. 5.000 m² ist die Atmosphäre eher familiär, was daran liegen könnte, das Kitas und Schulen aus der Umgebung stark in die Gestaltung der Stände und das Programm eingebunden werden. Angeboten wird vor allem Kunstgewerbe und selbst gefertigte Handwerksarbeiten.

Ein besonderes Erlebnis für die Kinder ist der Streichelzoo. Ein Kinderkarussell steht wie in den vergangenen Jahren ebenso zur Verfügung.

Der Weihnachtsmarkt hat an allen Adventssonntagen von 11.00 bis 19.00 Uhr geöffnet.

► www.weihnachtsmarkt-winterfeldplatz.de



WEIHNACHTSMARKT IN LICHTENRADE

Der Weihnachtsmarkt in der Bahnhofsstraße in Lichtenrade findet an allen vier Advents-Samstagen jeweils von 11.00 bis 20.30 Uhr statt.

Angeboten werden unter anderem Weihnachtsgestecke, selbstgefertigte Puppen, Pyramiden und kunstgewerbliche Artikel angeboten. Für das leibliche Wohl sorgen beispielsweise Grünkohl mit Knacker, Eierlikörpunsch, österreichische Schmankerl, Backkartoffeln, und Glühwein. Sieben beleuchtete Weihnachtsbäume sorgen für das richtige Ambiente.

► www.ag-bahnhofstrasse.de

„Mal richtig zufrieden wohnen“

Nach unseren Artikeln zur Wohnungssituation in Berlin allgemein und dem Beitrag über eine AWO-Wohngemein-

schaft hat uns eine Bewohnerin im Betreuten Einzelwohnen bei der AWO Südwest einen Brief geschrieben, mit dem sie auf die

besonderen Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche für Menschen mit geistiger Behinderung aufmerksam macht.

Sehr geehrte Leute,

ich finde es nicht in Ordnung, was ihr mit behinderten Leuten macht. Dass es für uns keine Wohnungen gibt, weil die Miete nicht bezahlt werden kann. In Berlin ist es überall teurer geworden und das Amt soll mehr Miete für Menschen mit Behinderungen zahlen, wenigstens 500,- € für zwei Personen (und nicht wie bisher 444,- € Warmmiete).

Menschen mit Behinderungen wollen nicht nur im Altbau, sondern auch z.B. bei der degewo im Neubau wohnen. Die degewo bietet Leuten mit Behinderungen keinen Wohnraum mehr (weil sie kaum noch Wohnraum im vom Amt finanzierten Rahmen anbietet und es auch keine Mietverträge mehr für Menschen gibt, die über die Kostenübernahme vom Amt hinaus - z.B. die Werkstatteinnahmen - für die Miete verwenden möchten, oder von Verwandten das Mehr an Mietkosten finanziert bekommen könnten).

Ihr solltet daran denken, dass ihr auch behinderte Kinder haben könntet, die auch eine Wohnung haben wollen, oder dass ihr durch einen Unfall selber behindert werden könnt. Dann könnt ihr sehen, wie Ihr eine Wohnung findet. Oder ihr könnt auch mal in der Behinderten-Werkstatt landen, z.B. durch einen Unfall, dann kann man Hirschenden bekommen. Und dann werdet Ihr Euch wundern, weil Ihr keine Wohnung finden werdet.

Auch behinderte Menschen wollen nicht im Parterre wohnen (wo es nach unseren Erfahrungen am ehesten Mieten im Rahmen der Kostenübernahme gibt) und sie wollen auch gerne einen Fahrstuhl haben, auch wenn sie laufen können. Wenn man Fieber hat und zum Arzt muss, will man nicht immer Treppen laufen.

Behinderte arbeiten auch den ganzen Tag von früh bis nachmittags, jeden Tag, den ganzen Monat und sind abends müde. Und wenn sie dann einkaufen müssen, wollen sie auch mal mit dem Fahrstuhl fahren.

Besonders degewo und Petruswerk sollen auch bezahlbare Angebote für Behinderte schaffen.

Behinderte fühlen sich nicht woanders wohl, als andere.

Das Amt sollte für 2 Leute in einer 2-Zimmer-Wohnung das gleiche zahlen wie für 2 Leute in ihrer eigenen Wohnung (nämlich 2x 379,-, also 758,- Warmmiete).

Die behinderten Leute wollen auch mal richtig zufrieden lange in einer Wohnung wohnen.

Gute Schulen – nur eine Frage des Systems?

Gedanken zur Situation an Berliner Schulen

EIN KOMMENTAR VON SÖNKE PAULSEN

Die Bildungsdiskussion ist ein Thema in Deutschland, seit ich denken kann. Sie hat häufig neue Impulse gebracht und gute Entwicklungen bewirkt, ist aber ebenso häufig in ideologischen Streitigkeiten stecken geblieben. Ich möchte deshalb zur Systemdiskussion nicht weiter beitragen, der Berliner Wahlkampf war voll davon.

Als Vater von drei Kindern, von denen zwei in Schöneberg zur Schule gehen, möchte ich ein paar ganz andere Punkte zur Sprache bringen. Die Frage nämlich, wie Schulen bei uns aussehen. In dieser Hinsicht haben wir leider in Berlin öfter Pech, und auch die Schule unserer Kinder ist keine Schönheit. Graue Fassaden, von denen teilweise der Putz bröckelt, im Inneren dunkle Korridore, die – in welcher Raumnut auch immer – als Abstellflächen genutzt werden. In der Grundschule unserer Tochter fühle ich mich an ganz alte Zeiten unangenehm erinnert, auch wenn ich in die Klassenzimmer schaue.

Dort herrscht gottlob ein liberaler Stil, die Zeiten von Zucht und Ordnung sind vorbei. Aber dort herrscht auch sinnlich wahrnehmbarer Verfall. Man-

che Klassenzimmer sehen so aus, als hätten sie zuletzt vor zwanzig Jahren einen Maler gesehen. Da kann man noch so viele bunte Bilder an die Wand hängen, das Unbehagen an der schlechten materiellen Ausstattung lässt sich damit nicht vertreiben.

Natürlich sind das Funktionsräume, die nicht so aussehen müssen wie die »gute Stube« daheim. Als Klinikarzt kann ich aber den Vergleich ehrlichen Herzens anstellen. Wenn unsere Krankenhäuser so aussehen würden, wie viele unserer Schulen, würden alle einen öffentlichen Skandal ersten Ranges erklären. In unserer Schule aber sind Teile der Außenanlage, die an die Straße angrenzen, so verwildert, wie bei einem Abrissgebäude – und kein Berliner (Politiker) erklärt einen Skandal.

Ich sage es hier einmal ganz deutlich! Ich finde es zweitrangig, ob wir ein zwei- oder dreigliedriges Schulsystem haben, ob jahrgangsgübergreifendes Lernen oder nicht, ob Sekundarschule oder nicht, solange viele Schulen in einem derart schlechten Zustand sind.

Wenn Kinder in maroden, unrenovierten Häusern mit ungepflegten Außenanlagen lernen, dann drückt das auf die Moral. Die Systemfrage braucht man dann nicht mehr zu stellen.

Julius Leber – Kohlenhändler im Widerstand

Da, wo die Leberstraße in Schöneberg in die Torgauer Straße mündet, befand sich die Kohlenhandlung Bruno Meyer Nachf., in der Julius Leber nach seiner Entlassung aus dem KZ Sachsenhausen im Jahr 1937 Teilhaber wurde. Sie diente dem Broterwerb, war aber auch der ideale unverdächtige Unterschlupf, von dem aus er den Widerstand gegen das NS-Regime in Verbindung zur Gruppe um Goerdeler, zum Kreisauer Kreis, zu Stauffenberg und zu kommunistischen Widerstandskämpfern organisieren konnte.

Geboren am 16.11.1891 in Biesheim im Elsaß, absolvierte er sein Studium in Freiburg und Straßburg (Nationalökonomie und Geschichte) und ging als Freiwilliger in den Ersten Weltkrieg. Nach seiner Promotion 1920 in Freiburg wechselte er nach Lübeck, das er stets als seine Heimat betrachtete, obwohl er nach 1933 nie wieder dorthin zurückkam.

Er arbeitete bis 1933 als Chefredakteur beim »Lübecker Volksboten«, wurde Vorsitzender der Lübecker SPD (1913 war er bereits der SPD beigetreten) und Mitglied der Lübecker Bürgerschaft und war von 1924 bis 1933 Mitglied des Reichstags.

Am 23. März 1933 wurde er auf der ersten Sitzung des



JULIUS LEBER | Aufgenommen während des Prozesses vor dem »Volksgerichtshof« Berlin, 1944

FOTO: DHM BERLIN

neuen Reichstags von den NS-Behörden verhaftet und nach Verurteilung und Gefängnishaft bis Mai 1937 u. a. im KZ Sachsenhausen eingesperrt. Aber schon 1938 nahm er Kontakt zu Offi-

ziers- und Widerstandskreisen auf. Besonders zu Stauffenberg entwickelte sich eine tiefe Freundschaft; und darüber hinaus hatte Stauffenberg erkannt, dass es im Umsturzfall

wesentlich auf die Haltung der Arbeiterschaft ankommen würde. Er hielt Leber für den Volksführer, der den historischen Zwiespalt zwischen Armee und Arbeiterschaft würde überbrücken können, ja dass er der ideale Reichskanzler wäre. Später verständigt man sich innerhalb des Widerstandskreises des 20. Juli, Leber das Ministerium des Innern unter Goerdeler als Kanzler und Beck als Reichspräsident anzubieten. Zum Verhängnis wurde für Leber, als er sich kurze Zeit vor dem Attentat mit einer kommunistischen Widerstandsgruppe traf, der ein Gestapospitzel angehörte. Am 5. Juli 1944 wurde er verhaftet, trotz unmenschlicher Folterungen aber nicht zum Reden gebracht und am 5. Januar 1945 in Plötzensee hingerichtet.

Theodor Heuss schildert in seinen Erinnerungen die »Verschwörerbude« in der Torgauer Straße, in der im vorderen Raum die Kunden empfangen wurden und »in der Hinterstube, auf verhochten Sesseln, die politische Leidenschaft ihre Herberge hatte«. Die Leberstraße und die Julius-Leber-Brücke mit einer Gedenktafel erinnern heute an einen deutschen Sozialdemokraten, der den Versuch wagte, das nationalsozialistische Regime zu stürzen. EVA LIEBCHEN

AUSGELESEN | VON FRANK ZIMMERMANN

Lesen ist für viele ein guter Ausgleich zum Alltagsstress. Frank Zimmermann, Abgeordneter aus Mariendorf, hat uns verraten, welches Buch er in letzter Zeit besonders spannend fand.

»Der globale Countdown«

Die Menschheit steht am Scheideweg. Die Alternativen lauten: globale Kooperation oder globalisierte Katastrophen. Dieser Dialektik der Globalisierung widmen sich Harald Schumann und Christiane Grefe in ihrem überzeugend recherchierten Werk »Der globale Countdown«.

Kenntnisreich und vielschichtig analysieren sie die großen Konflikte der vernetzten Welt, vom Kollaps der Finanzmärkte über den wachsenden Energiebedarf und die Konflikte um jene endlichen Ressourcen bis zum Klimawandel und der dramatischen Polarisierung zwischen Arm und Reich. Dass diese düstere Perspektive nicht zur apokalyptischen Prophezeiung gerät, ist das eigentliche Verdienst der Autoren. Den Gefahren der Globalisierung stellen sie die Hoffnung auf Vernetzung und die friedensstiftende Solidarität der planetarischen Zivilgesellschaft entgegen. So vermag ihre Analyse nicht nur wachzurütteln, sie ist zugleich ein Plädoyer für eine Welt-Innenpolitik, die sich der längst Rea-

lität gewordenen gegenseitigen Abhängigkeiten der ökonomisch und technologisch vernetzten Weltgesellschaft stellt. Denn, die »gute Nachricht ist: Für alle genannten Probleme gibt es machbare Lösungen«. Eine differenzierte Betrachtung unserer Zeit, die sich – dank des rasanten und anschaulichen Erzählstils – auch bestens als Freizeitlektüre eignet.

Viel Spaß beim Lesen!



Frank Zimmermann

Harald Schumann & Christiane Grefe: *Der globale Countdown. Gerechtigkeit oder Selbstzerstörung – Die Zukunft der Globalisierung* Kiepenheuer & Witsch Verlag
1. Auflage, Köln 2008
Gebunden, 464 Seiten
ISBN 978-3-462-03979-5

Pressemuseum im Ullsteinhaus?

NACH GEFRAGT

Ein Gespräch mit dem Tempelhofer Kulturmanager und Vorsitzenden des Vereins »Deutsches Pressemuseum im Ullsteinhaus e.V.«, Holger Wettingfeld

TS aktuell: Herr Wettingfeld, Ihr Verein möchte im Ullsteinhaus ein Deutsches Pressemuseum einrichten. Wie geht es damit voran?

Holger Wettingfeld: Der Anfang für ein solches kulturelles Pionierprojekt ist vollbracht. Ein Museum, das sich mit der nationalen Pressegeschichte auseinandersetzt, fehlt bislang in der deutschen und internationalen Museumslandschaft. Wir haben in diesem Jahr einen Förderverein und einen Trägerverein samt Beirat gegründet. Der Unterstützerkreis wächst. Wir konnten sogar schon eine erste Sammlung sichern, die wir 2012 gerne zeigen wollen. Wir freuen uns alle auf den Moment, wenn diese funkelnden Ideen zur Pressegeschichte Wirklichkeit werden. Dafür brauchen wir aber



HAT VIEL VOR | Holger Wettingfeld



BALD MIT MUSEUM? | Das Ullsteinhaus in Tempelhof

dringend Sponsoren, Mäzene und Unterstützer, vor allem aus der Verlags- und Medienbranche.

Wieso haben Sie sich für das Ullsteinhaus entschieden?

Das Ullsteinhaus mit seiner Geschichte und seiner Architektur ist für dieses Museumsprojekt geradezu prädestiniert. Hier ergänzen sich Form und Inhalt fast perfekt. Dieses Wahrzeichen Tempelhofs ist ein Stück New York in Berlin. Von diesem Museum könnten viele kulturelle Impulse für Tempelhof und auch Berlin ausgehen. Es wäre eine gute Ergänzung zur geplanten Landeszentralbibliothek auf dem Tempelhofer Feld.

Außerdem konnten wir mit dem Projekt interessante Persönlichkeiten für uns gewinnen, die ihrerseits mit dem Ullsteinhaus verbunden sind. Der Schriftsteller Sten Nadolny ist dabei, der bekannte Lichtkünstler Hans Peter Kuhn oder auch der Fotograf Robert Lebeck. Wir erfahren große Unterstützung sowohl vom Eigentümer des Ullsteinhauses, der Firma Becker & Kries, als auch von der Ullsteinfamilie selbst. Hinzu kommt, dass die Wirk-

ungsgeschichte des Ullstein-

verlags für die Deutsche Pressegeschichte bislang unzureichend gewürdigt worden ist. Da spielt auch die Abrisierung 1934 eine große Rolle. Richtig wäre es, z.B. die Bedeutung der Ullsteinpresse für die Demokratie in der Weimarer Zeit einmal zu würdigen. Ullstein war der erste weltweite Medienkonzern und genießt auch heute noch international einen guten Ruf.

Wann können wir uns denn auf die Eröffnung der ersten Ausstellung freuen?

Die Zusage für die beantragten Fördermittel vorausgesetzt, bereiten wir für Mai 2012 die erste Ausstellung in den künftigen Räumen des Pressemuseums vor.

Es ist uns gelungen, die wertvolle »Kiosk«-Sammlung von Robert Lebeck in Berlin zu halten. So können wir den weltberühmten Fotografen in einem weltbekanntem Gebäude zeigen. Die Sammlung umfasst 30.000 Exponate zur Geschichte der Fotoreportage von 1839 bis 1973. Wir zeigen daraus 600 der wichtigsten Stücke, z.B. die Zeitung, die erstmals ein Foto veröffentlicht hat oder die letzte Ausgabe des berühmten Life-Magazines von 1973, das in diesen Tagen 75 Jahre alt wird.

Rosas Kachelofen steht noch!

Mit 26 Jahren erwarb Rosa Luxemburg – ein zartes, gehbehindertes Mädchen aus einer polnischen jüdischen Familie – 1897 den Dokortitel an der Universität Zürich. Zielgerichtet wanderte sie damit nach Preußen ein. In Berlin war sie in der Kernzelle der Sozialdemokratie angekommen und nahm sich 1899 in Friedenau zwei möblierte Untermietzimmer im Haus Wielandstraße 23.

Mit Karl Kautsky hatte sie schon von Zürich aus einen Schriftwechsel begonnen. Nun gaben ihr die Friedenauer Nachbarn Karl und Luise Kautsky eine geistige Heimat in dem Berliner Vorort.

Von der Wielandstraße 23 startete sie ihre politische Lauf-

bahn in der geschlossenen Männerdomäne der Sozialdemokratie. Dafür hatte sie wichtiges Rüstzeug mitgebracht. Schon ihr Warschauer Gymnasium gab ihr ein glänzendes Abgangszeugnis mit auf den Weg. Ihre ausgezeichneten Deutschkenntnisse hatte sie in der Schweiz erworben und dort ehrgeizig den Kontakt zu politisch Gleichgesinnten gesucht. Die Genossen in Berlin schickten sie, die Politikerin im Weberkoll, als Delegierte auf Parteikonferenzen. Ungemein selbstsicher griff sie in die brennenden Debatten der innerschweizerischen Parteistrategie ein. »Dass ich meine Epauletten in der deutschen Bewegung erst holen muss, weiß ich, ich will es aber auf dem linken Flügel tun, wo man mit dem Feinde kämpfen,

und nicht auf dem rechten, wo man mit dem Feinde kompromittieren will.«

Das Haus Wielandstraße 23 blieb im Krieg unbeschädigt. Auch der Kachelofen, an dem sich Rosa Luxemburg wärmte, ist erhalten.

In der neuen Wahlperiode der BVV Tempelhof-Schöneberg wird ein Antrag auf eine Gedenktafel für Rosa Luxemburg am Haus Wielandstraße 23 von der SPD-Fraktion eingebracht. Der Hauseigentümer hat sein Einverständnis dazu erklärt.

Ein alljährliches Gedenken an Rosa Luxemburg findet am 15. Januar 2012, 16.00 Uhr vor ihrer zweiten Friedenauer Wohnung Cranachstraße 58 statt, wozu alle sehr herzlich eingeladen sind.

GU DRUN BLANKENBURG

»Filmcafé« für Senioren im CinemaxX

Das Filmtheater CinemaxX am Potsdamer Platz hat gemeinsam mit der AWO Südwest das Projekt »Filmcafé« für Senioren ins Leben gerufen.

Das Kino versteht sich einmal im Monat, immer am 1. Mittwoch, als kommunikativer Treffpunkt, zu dem sich Senioren in angenehmer Atmosphäre vor dem Erlebnis im Kinosaal ab 15.00 Uhr bereits ab 14.00 Uhr bei Kaffee und Kuchen auf den Film freuen können und in geselliger Runde leicht ins Gespräch kommen.

Karten für den jeweiligen Film, der sich am Geschmack der älteren Besucher/innen orientiert, gibt es ab 8,-€, gratis dazu Kaffee und ein Stück Kuchen, gesponsert von einer Berliner Bäckerei. Zusätzlich verlost das Filmtheater unter den Besuchern kleine und große Überras-



Klassiker der viktorianischen Romanliteratur. Eingebettet in das Geschehen in England Mitte des 19. Jahrhunderts erleben wir die spannende Geschichte einer Frau im Kampf um ihre Selbstbestimmung und ihre große Liebe. Auch für den 4. Januar steht das Programm schon fest: »In guten Händen«, eine etwas frivole englische Komödie über das Liebesleben um 1880, als sich die viktorianische Pruderie auf ihrem Höhepunkt befand. Das CinemaxX am Potsdamer Platz und die AWO Südwest laden alle Berliner Seniorinnen und Senioren herzlich ein, Gäste der speziell für sie geschaffenen Veranstaltungen zu sein. Es wird eine vorherige Reservierung im Kreisbüro der AWO Südwest, Telefon 84 59 21 14, empfohlen.

EVA LIEBCHEN